

# Zypern in der Eurozonen-Krise

## Positionspapier der AG Europa der Linksfraktion im Bundestag

25.02.2013

Zypern gehört wie Spanien und Irland zu jenen Ländern der EU, die bis zum Ausbruch der Krise eine stabile wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung zu verzeichnen hatten. Die Wachstumsraten waren über Jahre hinweg hoch<sup>1</sup> und die Staatsverschuldung lag noch 2008 bei 48,9% des BIP.<sup>2</sup> Von der europäischen Krisendynamik „angesteckt“ wurde Zypern vor allem über den Finanzsektor. Ähnlich wie im Falle Spaniens kam es nach der Euro-Einführung zu einer „Überexpansion“, insbesondere auf dem Immobilienmarkt. Dass der im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung sehr große Finanzsektor seit 2008/2009 massiven Turbulenzen ausgesetzt ist, hängt vor allem mit der starken Verwobenheit mit dem griechischen Finanzsektor<sup>3</sup> zusammen. Der dortige Schuldenschnitt Anfang 2012 hatte umfassende Abschreibungen bei zyprischen Banken zur Folge. Die Liquidität der zyprischen Banken wird seither zunehmend aus dem Notprogramm ELA (Emergency Liquidity Assistance) der Zyprischen Zentralbank finanziert.

Zur Bankenkrise kommt eine tiefe realwirtschaftliche Rezession, die sich ebenfalls durch die enge Verwobenheit mit anderen südeuropäischen Ökonomien erklärt. Für das vergangene Jahr wird ein Rückgang der zyprischen Wirtschaftsleistung um 2,3% des BIP, das bei rund 18 Mrd. Euro liegt, erwartet. Infolge von Bankenrettungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand dürfte die Staatsverschuldung nach Schätzungen der EU-Kommission von rund 71% des BIP (2011) auf ca. 90% in 2012 ansteigen. Darunter befinden sich auch Kredite aus Russland in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Für diese gewährte die russische Regierung dem Land Ende Januar 2013 eine Laufzeitverlängerung.

### Memorandum of Understanding

Vor diesem Hintergrund hatte der zyprische Finanzminister im Juni 2012 EFSF-Kredite beantragt und dafür plädiert, die Auflagen im Wesentlichen auf den Finanzsektor zu beschränken.<sup>4</sup> Die Antwort der Eurogruppe war grundsätzlich „positiv“, stellt aber klar, dass auch fiskalpolitische und wettbewerbsbezogene Reformen erforderlich seien. Während die zyprische Regierung anfangs einen Finanzbedarf von 3-5 Mrd. Euro schätzte, bezifferte die Eurogruppe das nötige Kreditvolumen auf bis zu 17,5 Mrd. Euro. Auf den Antrag hin wurde ein Memorandum of Understanding (MoU) entwickelt, das bisher in der Schwebe ist.

Die formulierten Hauptziele des MoU sind die Wiederherstellung der Solidität des Bankensektors, eine Haushaltskonsolidierung und eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Maßnahmen beziehen sich auf fünf Bereiche:

1. *Regulierung und Überwachung des Finanzsektors:* Der Finanzsektor soll solider und kleiner werden. Die Risiken der Kreditinstitute sollen bspw. durch Diversifizierung und Kapitalpuffer minimiert werden.<sup>5</sup> Die in Zypern relevanten Genossenschaftsbanken sollen strenger überwacht und im Falle der nicht-Überlebensfähigkeit abgewickelt werden. Eine Art Bad Bank (Asset Management Company, AMC) soll geschaffen werden um die Bilanzen des Finanzsektors zu bereinigen.
2. *Fiskalpolitik:* Wie in den anderen Memoranden auch, liegt der Fokus bei der Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite. Vorgesehen sind u.a. Rentenkürzungen<sup>6</sup>, Stellenstreichungen im öffentlichen Sektor<sup>7</sup>, diverse Sozial-<sup>8</sup> sowie Lohnkürzungen.<sup>9</sup> Vorgesehene Steuererhöhungen beziehen sich vor allem

<sup>1</sup> Zwischen 2004 und 2008 stets deutlich über 3% (Eurostat).

<sup>2</sup> Zum Vergleich: Die deutsche Schuldenquote lag 2008 bei 66,8%, die der EU-27 bei 62,2% (Eurostat).

<sup>3</sup> Laut Regierungsangaben sind die zyprischen Banken mit ca. 24 Mrd. Euro in Griechenland engagiert.

<sup>4</sup> Vorbild dafür war Spanien, wo der „kleine Rettungsschirm“ vorrangig auf den Finanzsektor fokussiert war.

<sup>5</sup> Zudem soll bspw. das Pfänden von Grundstücken erleichtert werden. Es soll auch einfacher werden, Wohnungen zu räumen, wenn diese als Sicherheit für einen Kredit verwendet wurden.

<sup>6</sup> Gestaffelt nach Rentenhöhe um bis zu 12,5%. Zudem werden die Abschläge bei Frührenten erhöht.

<sup>7</sup> Mindestens 5.000 Stellen sollen bis 2016 wegfallen, vor allem durch einen Einstellungsstopp.

<sup>8</sup> Bspw. Abschaffung von Mutterschaftsgeld und Ausbildungsbeihilfen, Kürzungen bei Wohnungsbauprogrammen, Kindergeld, Wohlfahrtseinrichtungen etc.

auf die Verbrauchssteuern, insb. die Mehrwertsteuer.<sup>10</sup> Zudem sollen die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen erhöht werden.

3. *Finanzpolitisch-strukturelle Maßnahmen:* Vorgesehen sind u.a. eine Rentenreform (Erhöhung des Eintrittsalters, Angleichung an Lebenswartung, stärkere Besteuerung von Renten), eine Gesundheitsreform (Abschaffung von kostenfreiem Zugang für bestimmte Bevölkerungsgruppen, Gebührenerhöhungen und Preiserhöhungen für Medikamente etc.), die Vorbereitung eines *Privatisierungsprogramms*. Hier liegt einer der zentralen Konfliktpunkte mit der Troika, da die derzeitige zyprische Regierung die Privatisierung von staatlichen Betrieben strikt ablehnt. Aus diesem Grund stehen bisher keine konkreten Privatisierungsmaßnahmen im Text. Dies dürfte sich im Falle eines Regierungswechsels ändern. Außerdem sieht das MoU eine Reform der öffentlichen Verwaltung (insb. der Steuerverwaltung) und eine Reform des Sozialsystems vor.<sup>11</sup>
4. *Arbeitsmarkt:* Das System der Lohnindexierung wird geschwächt<sup>12</sup> und die Mindestlöhne für bestimmte Berufe werden zeitweise eingefroren.
5. *Märkte für Waren und Dienstleistungen:* Eine Reihe von Deregulierungsmaßnahmen sind vorgesehen, bspw. Lockerung von Werbeverboten, Deregulierung regulierter Berufe sowie zahlreiche Deregulierungen in den Bereichen Tourismus und Energie.

Die zyprische Regierung konnte sich mit ihrer Forderung nach einer Beschränkung der Auflagen auf den Finanzsektor nicht durchsetzen. Zwar sind die Auflagen nicht so heftig wie im Falle Griechenlands, was auf eine günstigere Verhandlungsposition und eine entschiedener Ablehnung der Austeritätspolitik durch die zyprische Regierung zurückgeht, dennoch ist die Stoßrichtung die selbe wie bei allen MoU: Austerität und Deregulierung als Bedingung für Kredite. Diese Politik verschärft die wirtschaftlichen Probleme und verursacht eine soziale Krise. Das ist die Entwicklung, die auch in Zypern zu erwarten ist, wenn das Memorandum in dieser oder ähnlicher Form umgesetzt wird.

### **Politische Gemengelage in Zypern, Deutschland und der EU**

In Zypern stellte die AKEL<sup>13</sup> mit Demetris Christofias von 2008 bis Februar 2013 den Präsidenten. Bis August 2011 hatte sie mit der Demokratischen Partei (DIKO) koalitiert, die dann aber die Koalition verließ. Christofias verfügte dadurch zuletzt über keine parlamentarische Mehrheit und war nur eingeschränkt handlungsfähig. In den Verhandlungen mit der Troika lehnte er einerseits allzu harte Einschnitte ab, konnte sich mit diesem Kurs aber andererseits nicht auf eine zuverlässige Mehrheit im Parlament stützen.

Am 17. und 24. Februar fanden Präsidentschaftswahlen statt, die der Kandidat der christdemokratischen DISY, Nicos Anastasiades, für sich entscheiden konnte. Im ersten Wahlgang erhielt er 45,4% der Stimmen und verfehlte damit nur knapp die absolute Mehrheit. In der Stichwahl gegen den AKEL-Kandidaten Stavros Malas setzte er sich mit 57,5% durch.<sup>14</sup> Als Ursachen für das Scheitern der AKEL-Regierung werden die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die relative Handlungsunfähigkeit genannt.

Europäischer Rat und Troika spielten angesichts der Wahlen und der absehbaren Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zuletzt auf Zeit.<sup>15</sup> Die DISY steht den Troika-Forderungen offen gegenüber. Es ist nun

---

<sup>9</sup> Insbesondere durch Einfrieren der Löhne im öffentlichen Sektor und Streichung von Zulagen.

<sup>10</sup> Auch eine (geringfügige) Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern und Bankenabgabe ist vorgesehen.

<sup>11</sup> Sowohl bei der öffentlichen Verwaltung als auch beim Sozialsystem geht es vor allem darum, die Effizienz durch „Verschlankung“ zu steigern.

<sup>12</sup> Die Lohnindexierung sieht eine automatische Lohnangleichung an die Inflation vor. Laut MoU sollen die Angleichungen künftig seltener und nur noch zu 50% erfolgen und bei Rezession ausgesetzt werden.

<sup>13</sup> Fortschrittspartei des werktätigen Volkes, Beobachterstatus in der Europäischen Linken und Mitglied der GUE/NGL.

<sup>14</sup> Stavros erzielte mit 42,5% der Stimmen durchaus einen Achtungserfolg. Prognosen sahen lange Zeit einen deutlicheren Sieg des konservativen Kandidaten.

<sup>15</sup> Als Begründung für das Hinauszögern der Entscheidung über die Kredithilfen diente zuletzt die gänzlich grundsätzliche Frage, ob die zyprischen Banken überhaupt die Stabilität des Euroraums insgesamt gefährden. Diese Frage wurde v.a. von der Bundesregierung aufgeworfen. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Möglichkeit einer direkten Banken-Rekapitalisierung durch den ESM. Das würde Zypern entgegen kommen, da dann der Großteil des

zu erwarten, dass die Verhandlungen rasch vorankommen und das Memorandum nochmal schärfer gefasst wird. Anastasiades bekennt sich zur Kürzungspolitik der Troika und will auf einen raschen Programmstart hinarbeiten. Insbesondere beim Thema Privatisierung dürfte sich nun einiges bewegen. Druck in diese Richtung kommt beispielsweise aus der EZB. Kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse im ersten Wahlgang ließ Direktoriumsmitglied Asmussen verlautbaren, dass wir in Zypern „um die Schuldenfähigkeit sicherzustellen [...] weitreichende Privatisierungen brauchen. Das hatte der bisherige Präsident abgelehnt. Jetzt werden wir gucken, ob man bis Ende März ein solches Programm vernünftiger verhandeln kann.“

In Deutschland ist die Debatte um die Hilfskredite für Zypern stark von den Vorwürfen an die zyprische Regierung begleitet, nicht ausreichend gegen Geldwäsche vorzugehen. Die Debatte wurde durch Medienberichte angeheizt, die unter Berufung auf BND-Quellen feststellten, dass es angeblich 26 Mrd. Dollar auf „russischen Schwarzgeldkonten“ in Zypern gebe.<sup>16</sup> Tenor des Russland- und Zypern-Bashings war, dass die ESM-Kredite im Endeffekt „russischen Oligarchen“ zu Gute kämen. Sowohl im Regierungslager<sup>17</sup> als auch bei SPD und Grünen finden sich diese Vorwürfe als zentrale Argumentationsmuster. Sigmar Gabriel lehnte noch Anfang Januar das geplante Paket mit Verweis auf Steuerbetrug in Zypern ab.<sup>18</sup> Die Grünen argumentieren ähnlich.<sup>19</sup> Merkel, die erstmals ernsthaft um eine Mehrheit im Bundestag für die ESM-Milliarden bangen muss, kündigte daraufhin an, dem Parlament nur dann ein Zypern-Paket zur Abstimmung vorzulegen, wenn die dortige Regierung „radikale Reformen“ einleite.

Die Zustimmung von Grünen und SPD könnte zwar wie bei den zurückliegenden Entscheidungen über Bankenrettungspakete am Schluss gewonnen werden. Angesichts des Wahlkampfes wäre aber auch eine Ablehnung denkbar, um sich zumindest ein Stückchen von der Merkel'schen Krisenpolitik abzugrenzen – die Kosten wären zumindest in diesem Fall vergleichsweise gering und würden die Stabilität des Euroraums wohl nicht grundlegend gefährden.

### **Geldwäschanlage und Steuerparadies?**

Zyperns Regierung wies die Kritik bezüglich der Geldwäsche als haltlosen „Angriff“ auf Zypern zurück. Das Land erfülle die Vorgaben von EU, der G 20 und des IWF.<sup>20</sup> Zumindest die verkürzte (Medien-)Darstellung Zyperns als „Geldwäschanlage“ für „russische Oligarchen“ lässt sich so pauschal nicht aufrecht erhalten. Stichhaltige Beweise für eine kriminelle Herkunft der 26 Mrd. Dollar „schweren“ Bankeinlagen russischer Staatsbürger und juristischer Personen auf zyprischen Konten liegen nicht vor. Zwar besteht durchaus die

---

Kredites nicht als Staatsschulden angerechnet werden müsste und die Staatsschuldenquote damit deutlich weniger steigen würde.

<sup>16</sup> Der Spiegel berichtete Anfang November 2012 exklusiv darüber, dass laut BND „russische Staatsbürger 26 Milliarden Dollar bei zyprischen Banken deponiert“ hätten. Außerdem „beanstandete“ der BND, „dass das Land noch immer Möglichkeiten zur Geldwäsche biete“. Aus diesen spärlichen Daten machte der Spiegel dann, dass angeblich russische „Oligarchen“ 26 Mrd. Dollar auf „Schwarzgeldkonten“ deponiert hätten.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/russisches-schwarzgeld-bnd-warnt-vor-rettungspaket-fuer-zypern-a-865151.html>

<sup>17</sup> Schäuble sagte, solange die zyprische Regierung nicht klarmache, dass sie sich an die Geldwäscheregeln halte, „haben wir kein Bedürfnis nach einem Wettlauf darum, wer schneller bereit ist, etwas zu tun“. CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs sagte: „Wenn Zypern nicht bereit ist, endlich die EU-Regeln zur Transparenz und gegen Geldwäsche umzusetzen, dann kann es keine Hilfe für Zypern geben.“ Zu Äußerungen des FDP-Fraktionschefs Rainer Brüderle, dass es derzeit keine Mehrheit bei den Liberalen für ein Zypern-Hilfspaket gebe, sagte er: „In der Unions-Fraktion ist die Situation genauso schwierig wie bei der FDP“.

<sup>18</sup> Gabriel: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass deutsche Steuerzahler zyprische Banken retten, deren Geschäftsmodell auf Beihilfe zum Steuerbetrug basiert.“

<sup>19</sup> Trittin: „In den Beratungen um Hilfspakete gehört die ruinöse Standortpolitik Zyperns ebenso auf den Verhandlungstisch wie die Steuerpraxis Irlands“. Dumping-Steuersätze und ein lockerer Umgang mit Geldwäsche seien Kern des Geschäftsmodells Zyperns.

<sup>20</sup> Mitte Januar bestellte die Regierung sämtliche EU-Botschafter ins Finanzministerium ein, um über die Bemühungen gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung aufzuklären. Das Ministerium hob hervor, dass Zypern internationale Geldwäschestandards ernsthafter umsetze, als andere EU-Staaten – einschließlich Deutschland. Entsprechend bezeichnete die Regierung die deutschen Vorwürfe als innenpolitische, durch den anstehenden Bundestagswahlkampf motivierte Manöver.

Möglichkeit, dass auch substanzielle Summen von Schwarzgeld auf Zypern lagern.<sup>21</sup> Ein beträchtlicher Teil der Summe dürfte aber formal legal über russisch-zyprische Holdings und im Rahmen des Doppelbesteuerungsabkommens nach Zypern gelangt sein.<sup>22</sup> Tatsächlich flossen 2011 rund 122 Mrd. Dollar aus Russland in den zyprischen Finanzsektor – und in etwa genauso viel wieder zurück.<sup>23</sup>

Sowohl der Länderbericht der Europarats-Arbeitsgruppe zu Geldwäschebekämpfung (Moneyval) als auch das Tax Justice Network (TJN) bestätigen, dass Zypern im Bereich der Geldwäsche den wichtigsten internationalen Abkommen beigetreten ist (z.B. den UN-Konventionen gegen transnationale organisierte Kriminalität und zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung) und internationale Standards zur Geldwäschebekämpfung (z.B. den Standard der Financial Action Task Force Against Money Laundering) formal einhält.

Kritischer fällt die Einschätzung darüber aus, inwieweit Zypern diese Verpflichtungen praktisch umsetzt. Tatsächlich seien Finanz-, Steuer- und Strafverfolgungsbehörden nur äußerst begrenzt in der Lage, den immensen Finanzsektor des Landes effektiv zu kontrollieren, der im Verhältnis zum BIP fast 700 Prozent größer ist, als der der Schweiz. Moneyval stellt schon als „Erfolg“ heraus, dass die Behörden zwischen 2005 und 2011 108 Geldwäscheverfahren gegen 45 (juristische) Personen erfolgreich abschlossen hat.<sup>24</sup>

### *Steuerose Zypern – in „guter“ Gesellschaft*

Wird der Blick über den Aspekt der Geldwäsche hinaus auf andere Praktiken des Steuerdumpings und der Steuervermeidung ausgeweitet, erfüllt Zypern durchaus die Kriterien einer Steuerose: Seit 1974 wurde Zypern systematisch zu einem internationalen Finanzzentrum aufgebaut, mit niedrigen Steuersätzen, striktem Bankgeheimnis, geringen Hürden für die Gründung von Kapitalgesellschaften und Konzernniederlassungen sowie schwachen Regulierungsbehörden. Zypern schloss Doppelbesteuerungsabkommen mit insgesamt 44 Staaten<sup>25</sup> – darunter die GUS-Staaten, die USA und zahlreiche EU-Länder mit hohen Steuersätzen ab. Bei einem einheitlichen Steuersatz für Unternehmen, d.h. auch für Kapitalgesellschaften, von 10%, ohne Erbschafts-, Vermögens- oder Gewinnbesteuerung ist das Land somit ein attraktives Ziel für Finanzakteure und Konzerne. Der EU-Beitritt hat Zypern für die Finanzindustrie und Konzerne aus der Europäischen Union zusätzlich attraktiv gemacht, da Kapitalverkehrsfreiheit und Niederlassungsfreiheit die Hürden nochmals gesenkt haben.

Zyperns Wirtschaft ist heute hochgradig abhängig vom Finanzsektor; rund 80 Prozent des BIP werden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, und die vom zyprischen Bankensektor gehaltenen Werte werden auf bis zu 800% höher als das BIP beziffert. Aktuell wird die Zahl der auf Zypern ansässigen Kapitalgesellschaften auf rund 250.000 geschätzt.<sup>26</sup>

---

<sup>21</sup> Bis weit in die 1990er Jahre war Zypern tatsächlich für kriminelle Finanzflüsse aus Russland bekannt. Nicholas Shaxson bezeichnet Zypern als „Durchgangsstation“ für – auch – kriminelle Gelder. In den 1990er Jahren flossen u.a. Kickbacks russischer Unternehmer aus Kreditgeschäften aus der Sowjetzeit mit afrikanischen Staaten wie z.B. Angola (auch) über Konten auf Zypern. Ziel war schon damals die „City of London“, die laut Shaxson Zentrum des weltweiten Schattenbanksystems ist. Siehe: Nicholas Shaxson 2011, Schatzinseln. Wie Steuerosasen die Demokratie unterwandern. Zürich: Rotpunktverlag. Hier: S. 39f.; 199; 319ff.

<sup>22</sup> Siehe hierzu den Länderbericht zu Zypern auf [http://www.secrecyjurisdictions.com/sj\\_database/Cyprus.xml](http://www.secrecyjurisdictions.com/sj_database/Cyprus.xml)

<sup>23</sup> Wirtschaftswoche 14.11.2012. „Zypern verweigert jede Reform.“

<sup>24</sup> Committee of Experts on the Evaluation of Anti-Money-Laundering Measures and the Financing of Terrorism (Moneyval), 2011, Report on Fourth Assessment Visit. Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism. Cyprus 2011. Moneyval. Sowie: Financial Secrecy Index Cyprus (Überblick) <http://www.secrecyjurisdictions.com/PDF/Cyprus.pdf>

<sup>25</sup> Über Doppelbesteuerungsabkommen und die Gründung von Tochtergesellschaften können internationale Kapitalgesellschaften und Konzerne – vordergründig legal – ihre Steuern minimieren, indem sie Gewinne in den Niedrigsteuerländern und Verluste in den mit hohen Steuersätzen angeben (sog. „transfer pricing“). Die unkomplizierte Möglichkeit zur Gründung von Holdings und Stiftungen, die auf Zypern bis heute steuerfrei und sehr schwach reguliert sind, erleichtert diese Art der Steuervermeidung.

<sup>26</sup> Financial Secrecy Index Cyprus (Full Data Base) [http://www.secrecyjurisdictions.com/sj\\_database/Cyprus.xml](http://www.secrecyjurisdictions.com/sj_database/Cyprus.xml) und Zeit online, 15.11.2012 „Waschanlagen in Europa“.

Bereits im Vorfeld des EU-Beitritts versuchte Zypern den Image-Wechsel vom Off-Shore-Steuerparadies zum „seriösen“ Finanzdienstleistungszentrum. Dabei profitierte das Land von der allgemeinen Entwicklung zur Liberalisierung- und Deregulierung der Finanzmärkte und der Verbreitung von „innovativen“ Finanzgeschäftsmöglichkeiten im legalen oder rechtlichen Graubereich. Indem Zypern einerseits härter gegen offensichtlich kriminelle Geschäfte vorging, andererseits seine „Standortvorteile“ (Bankgeheimnis, laxer Finanzaufsicht, Steuerdumping) beibehielt, konnte es sich von „klassischen“ Steueroasen wie u.a. den Cayman Islands absetzen. Das TJN kritisiert allerdings das bis heute strikte Bankgeheimnis sowie die unzureichende Transparenz und öffentliche Kontrolle im Finanzsektor. Aufgrund der „finanzfreundlichen“ Rechtsprechung und der geringen Ausstattung der Behörden sei eine effektive Aufsicht über Finanzgesellschaften, -transaktionen und Eigentumsverhältnisse nur „teilweise“ gewährleistet.<sup>27</sup>

Damit steht Zypern in der EU keineswegs allein: Im Ranking des TJN wird Zypern bspw. in der gleichen Kategorie wie Deutschland eingestuft. An der Spitze der am wenigsten transparenten Finanzplätze stand nach der Schweiz und den Cayman Islands Luxemburg, wo nicht „russischer Oligarchen“ sondern „seriöse“ Unternehmen wie u.a. Amazon das strenge Bankgeheimnis, die laxer Finanzaufsicht und Niedrigsteuersätze ausnutzen. In Luxemburg vermuten Experten rund 13% der weltweit in Steueroasen angelegten Gelder. Deutsche Unternehmen wie BASF, Puma und die Deutsche Bank unterhalten Tochtergesellschaften in Malta, um die gleichen Vorteile in Anspruch zu nehmen.<sup>28</sup>

#### *Fehlende Regulierung auf EU- und internationaler Ebene*

Die Kritik an Steuerdumping, Beihilfe zur Steuervermeidung und mangelhafter Regulierung des Finanzsektors in Zypern ist berechtigt. Die gegenwärtig einseitige und fast ausschließliche Fokussierung auf Zypern ist allerdings politisch unhaltbar und lenkt vom grundsätzlichen (globalen) Problem ab: dem *rasanten Anwachsen des Schattenbanksektors* infolge der politisch gewollten Liberalisierung und Deregulierung. Das internationale Financial Stability Board (FSB) schätzt die Größe des globalen Schattenbanksektors auf 67 Billionen US-Dollar.<sup>29</sup> Allein im letzten Jahrzehnt hat sich das Volumen dieses Sektors um mehr als 40 Billionen vergrößert.<sup>30</sup> Zudem *verschwimmt vor dem Hintergrund immer „innovativerer“ Finanzprodukte die Grenze zwischen Legalität und Illegalität zunehmend.*

Die Bilanz der bisherigen, im Rahmen der G20 und der EU nach dem Ausbruch der Finanzkrise angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenbanken und zur „Trockenlegung“ der Steueroasen ist äußerst dürftig. Regulierungsbemühungen bleiben zu zaghaft und lassen erhebliche Schlupflöcher offen. Regierungen und schwach ausgestattete Behörden knicken vor der Macht der Finanzlobby ein, so dass anstelle einer effektiven Beschneidung der Finanzmacht allenfalls ein Flickenteppich von Transparenzregeln und letztlich unverbindlicher Verhaltenskodexe entstanden ist.<sup>31</sup> Der von der EU-Kommission im Dezember 2012 vorgelegte Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung macht hier keine Ausnahme.<sup>32</sup>

#### **Vorschlag für eine Positionierung der Linksfraktion**

- Eine mit Konditionalitäten verbundene Kreditlinie aus ESM-Mitteln ist abzulehnen. Der ESM ist ein Instrument, mit dem wirtschaftliche Notsituationen ausgenutzt werden um über die demokratisch nicht legitimierte Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF weitreichende wirtschafts- und sozialpolitische

<sup>27</sup> <http://www.secrecyjurisdictions.com/PDF/Cyprus.pdf>

<sup>28</sup> Handelsblatt, 27.11.2012. „Europa, das Steuerparadies für Unternehmen“.

<sup>29</sup> Das entspricht 111% der globalen Wirtschaftsleistung und rund der Hälfte des formellen Banksektors.

<sup>30</sup> Peter Wahl 2012, „Finanzmarktreflexionen: No, they can't!“ Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Dezember 2012.

<sup>31</sup> Siehe u.a. Sebastian Dullien 2012, Anspruch und Wirklichkeit der Finanzmarktreform: Welche G20-Versprechen wurden umgesetzt? IMK-Studie 26. Sowie Axel Troost 2011, Das Kasino bleibt geöffnet. Die Regulierung der Finanzmärkte und was daraus geworden ist. Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2011, 75-84.

<sup>32</sup> Mitteilung der Kommission, Aktionsplan zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. KOM(2012)722 final.

„Reformen“ von außen zu diktieren. Das ist aus demokratiepolitischen Überlegungen heraus inakzeptabel, unabhängig von den konkreten Maßnahmen, die auf diesem Weg durchgesetzt werden.

- Auch inhaltlich ist das Zypern-Memorandum abzulehnen. Insbesondere die vorgesehenen Sozial- und Lohnkürzungen, die Entlassungen sowie die Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen sind ökonomisch destruktiv und sozial inakzeptabel. Selbst wenn in den weiteren Verhandlungen einige geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht und -dumping in das Memorandum aufgenommen werden, bleibt das Programm insgesamt politisch schlecht.
- Ähnlich wie in Spanien, ist in Zypern vor allem der Finanzsektor das Problem. Auch deswegen sind Auflagen, die den Staatshaushalt betreffen, inakzeptabel.
- Steuerflucht und -dumping sind ernsthafte Probleme, die nur auf europäischer – und vorzugsweise internationaler - Ebene gelöst werden können. Die Bundesregierung ist gefordert, sich für ein koordiniertes, entschlossenes Vorgehen der Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung von Steueroasen und zur Etablierung steuerlicher Mindeststandards einzusetzen. Der ausschließliche Fokus auf Zypern geht an der Problemlage vorbei.
- Inakzeptabel ist das populistische Argumentationsmuster nachdem Zypern insbesondere ein Ort der Geldwäsche für „russische Oligarchen“ ist. Sowohl die Polarisierung in der Wohlstandsverteilung als auch die Intransparenz gigantischer Kapitalströme sind internationale, systemische Probleme, die durch nationalitätsgebundene Erklärungen nicht sachgerecht erfasst werden können. Während im Zuge der griechischen Krise medial das Bild vom angeblich „faulen Griechen“ aufgebaut wurde, werden nun antirussische Feindbilder herangezogen, um die Zyprer/innen zu diskreditieren – „Oligarchen“ sind demnach reiche Russen, nicht aber reiche Deutsche, Franzosen etc. Diese, mit nationalistischen Stereotypen aufgeladenen Diskussionsmuster müssen energisch zurückgewiesen werden.